

# 20 Euro mehr für Ratsarbeit

## Feierabendpolitiker gönnen sich Zuschlag

**ACHIM** ■ Die Mitglieder des Stadtrats betreiben ehrenamtlich Kommunalpolitik. Für ihre Tätigkeit meist neben dem Beruf, für die sie eine Menge Zeit für den Besuch von Sitzungen und das Lesen von Unterlagen aufwenden müssen sowie auch Kopier-, Strom-, Telefon-, Fahrtkosten und dergleichen mehr anfallen, steht den von der Bevölkerung gewählten „Feierabendpolitikern“ eine Aufwandsentschädigung zu. Und diese hat der am Donnerstag erstmals tagende neue Rat nach einer längeren Phase, in der die Diäten eingefroren waren, ein wenig angehoben.

„Wir haben uns verständigt, dass wir die bisherigen Sätze, die vor 15 Jahren beschlossen wurden, um 20 Euro auf 160 Euro pro Monat erhöhen“, gab SPD-Fraktionsvorsitzender Herfried Meyer das Ergebnis der Beratungen mit den übrigen Gruppierungen bekannt. In anderen Kommunen werde meist mehr gezahlt, und es sei durchaus sinnvoll, den Einsatz für das Allgemeinwohl ansprechend zu honorieren, fügte Meyer an.

Die etwa das Doppelte der oben genannten Summe betragenden Vergütungen für besonders arbeitsaufwendige Funktionen wie den Fraktionsvorsitz sollen jedoch nicht steigen. Und der Ratsvorsitzende bekommt weiterhin auch nur den einfachen Satz von 160 Euro.

Widerspruch kam von Lars Gagelmann (WGA). In der vorigen Ratsperiode seien die Mittel für den Schul- und Sozialbereich um zehn Prozent gekürzt worden, deswegen sollten sich die Ratsmitglieder jetzt auch keinen Zuschlag genehmigen. Gagelmann stimmte als einziger gegen die Erhöhung, drei Ratskollegen enthielten sich der Stimme.

Auf Antrag von Karl-Heinz Lichter (CDU) wurde noch der Passus in die Sat-

zung aufgenommen, dass Ratsmitglieder bei der Wahrnehmung von Terminen während ihrer Arbeitszeit „den tatsächlich entstandenen Verdienstaufschlag erhalten sollen“. Was vor allem den stellvertretenden Bürgermeistern helfen würde, fügte Lischer an. In diesem Punkt stimmten die Grünen dagegen. ■ mm